

Bezugspreis:

Wierteljährlich 36.— M., monatlich 12.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.— M., einjährig 120.—
Markenpostgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 22.— M. für
das übrige Ausland 26.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmel“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neugegründete Kompartiments-
tarifliste 6.— M. „Kleine Anzeigen“
das selbstdruckte Wort 2.— M. (zu-
lässig zwei selbstdruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenangebote
und Schlußstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Stelle 350 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anwerbszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 19. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Amerika hat ratifiziert.

Washington, 19. Oktober. (WTB.) Der Senat hat die Friedensverträge mit dem Deutschen Reich, mit Oesterreich und mit Ungarn ratifiziert.

Washington, 18. Oktober. (WTB.) Im Senat trat Johnson („unverföhnlicher Republikaner“) für die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland ein. Er sagte, er könne sich nicht den Ansichten anderer „Unverföhnlicher“ anschließen, daß der Vertrag wahrscheinlich die Vereinigten Staaten in die europäischen Verwicklungen hineinziehen werde, aber, so erklärte er, es sei unklug, daß die Vereinigten Staaten sich weigerten, der Reparationskommission beizutreten. Hitchcock sprach auch für die Ratifizierung des vorliegenden Vertrages. Er meinte, die Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland sei für die Rehabilitierung Amerikas notwendig. Er führte aus, die Vereinigten Staaten hätten den Versailles Frieden dadurch anerkannt, daß sie eine Stimme bei der Verfügung über Jap und andere frühere deutsche Besitzungen beanspruchten. Daraus lehnte der Senat mit 71 gegen 7 Stimmen einen Zusatzantrag zum Frieden mit Deutschland ab, der die Vereinigten Staaten von so gut wie allen aus dem Versailles Frieden sich ergebenden Verpflichtungen befreite.

New York, 19. Oktober. (WTB.) Der Gemeinderat hat beschlossen, dem Marshall Foch, Admiral Beatty, General Diaz und dem belgischen General Jacques, die sich nach den Vereinigten Staaten begeben, um an dem Konvent der amerikanischen Legion teilzunehmen, das Bürgerrecht zu verleihen.

Um Briands Politik.

In der gestrigen Kammer Sitzung gab es zwischen Lardieu und Briand ein lebhaftes Zwiegespräch. Briand erklärte, daß die Politik des Quai d'Orsay, die zu einer Verbesserung der Ausführung des Friedens hätte führen können, zu nichts geführt habe. Die Regierung habe die Rechte der Reparationskommission wieder hergestellt. Lardieu ruft: Diese Kommission hat Instruktionen der Regierung erhalten! Briand widerspricht und sagt ferner, selbst der Urheber des Friedens (wohl Clemenceau, Red.) habe erklärt, der Vertrag sei ein fortgesetztes Werden. Daraus gehe hervor, daß der Wille Frankreichs zur Ausführung nicht genüge. Man müsse stets mit seinen Alliierten einig bleiben, um den Friedensvertrag ausführen zu können. Lardieu weist auf den Wert der Unterschriften des Vertrages hin. Briand erwidert, Lardieu habe gesagt, Frankreich habe gewisse Garantien erhalten, die seine Sicherheit gewährleisten. Wo seien diese Sicherheiten und die Unterschriften? Lardieu fragt: Sind wir denn nicht am Rhein? Briand erklärt weiter, daß Land müsse sich Rechenschaft darüber ablegen, daß der Wechselkurs den Milliarden deutscher Goldmark keine Bedeutung nehme.

Briand stellt fest, daß Deutschland bis jetzt bezahlt habe, genau nach dem Zahlungsplan. Das Ultimatum sei angenommen worden, was wolle man mehr? Die Stellung Frankreichs sei weit davon entfernt, geschwächt zu sein. Die Politik, die Lardieu und seine Freunde befolgen wollten, betrachte er als katastrophal; wenn sie in der Kammer eine ziemlich starke Mehrheit finden werde, die in ihm die Meinung erwecke, daß man andere Gedanken habe, dann müßte ein anderer seine Nachfolgerschaft übernehmen.

Ministerkonflikt in Belgien.

Brüssel, 17. Oktober. (WTB.) Als Antwort auf die nationale Kundgebung in La Louvière (einem Bergwerksort), bei der der Kriegsminister den ehemaligen Frontkämpfern eine neue Fahne überreichte, fand gestern eine sozialistische Kundgebung statt, bei der sozialistische Minister der öffentlichen Arbeiten, Anseels, beiwohnte. Unter einer roten Fahne soll ein Sozialist, als belgischer Soldat verkleidet (?), eine Fahne zerbrochen haben, und diese rote Fahne soll dem Verein sozialistischer Frontkämpfer überreicht worden sein. Der Kriegsminister Devèze hat deshalb seine Demission überreicht. Da der Ministerpräsident nicht in Brüssel anwesend ist, konnte über die Demission noch keine Entscheidung getroffen werden. Der König hatte eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister.

Die belgische Kammer besteht zu etwa je einem Drittel aus Sozialisten, Liberalen und Liberalen. Diese Liberalen sind besonders nationalistisch und der Kriegsminister Abg. Devèze ist einer von ihnen.

Friedensprogramm der Tschechoslowakei.

Prag, 18. Oktober. (WTB.) Die Nationalversammlung eröffnete heute ihre Wintertagung. Ministerpräsident Benesch verlas im Abgeordnetenhause und im Senat programmatische Erklärungen, in denen er u. a. ausführte: Die in kurzer Zeit zu erwartende Veröffentlichung der statistischen Ergebnisse der Volkszählung wird im Sinne der liberalen Forderung der Republik die Lösung der nationalen, sozialen und kulturellen Fragen auf gerechter Grundlage ermöglichen. Die äußere Politik wird von folgenden drei Erwägungen geleitet: 1. Weltensicherung der Pariser Friedensbestimmungen, 2. allmähliche Beseitigung aller Konflikte, sowie

Schaffung einer neuen internationalen Atmosphäre, in der der Geist des Hasses dem Geist nächsterer Mäßigung und Ruhe weichen würde, 3. wollen wir beginnen, in dieser neuen Atmo-

sphäre mit unseren Freunden und Nachbarn an der Reorganisation Mitteleuropas und an der Festigung des Friedens in ganz Europa praktisch mitzuarbeiten. Die „Kleine Entente“ ist ein starker Faktor des Friedens und der Reorganisation Mitteleuropas.

Unsere Beziehungen zu Deutschland haben sich gefestigt; auch in ihnen hat sich eine Tradition herausgebildet und es liegt nur im Willen beider Teile, daß die Beziehungen bleiben, wie sie in den letzten drei Jahren unserer auswärtigen Politik geworden sind. Unser Verhältnis zu Oesterreich hat sich besonders nach dem letzten Besuch des Präsidenten in Hallstadt gefestigt. Der Ministerpräsident streift verschiedentlich die

Gefahr einer monarchistischen Reaktion, welche besteht, aber nicht überschätzt werden darf. Wir sind wachsam und würden sie mit äußerster Energie unterdrücken. Weder die Ereignisse in Westungarn, noch die in Oberschlesien können unsere Sicherheit und unsere Interessen irgendwie berühren. Der Ministerpräsident schließt: Es gibt nichts, weder im Innern noch im Verhältnis zu den anderen Staaten, was unser Staat

zu befürchten hätte. Es ist uns gelungen, ihn in kurzer Zeit so weit zu konsolidieren und zu stabilisieren, daß alle Versuche, seine Grundlagen zu untergraben, sich als völlig erfolglos und eitel erweisen werden.

Herbsttagung des britischen Parlaments.

London, 18. Oktober. (WTB.) Nach einer Ferienpause von zwei Monaten trat heute nachmittags das Parlament wieder zusammen, um sich in der Hauptsache mit der industriellen Krise zu befassen. Kennworthy (Arbeiterpartei) beantragte, daß außer der Arbeitslosenfrage während der Herbsttagung auch eine Möglichkeit zur Erörterung der ober-schlesischen Frage, der russischen Hungersnot und der irischen Frage geschaffen werde. Chamberlain sprach gegen die Zulassung einer Oberschlesien-Debatte; der Entscheidung des Völkerbundes habe man sich zu fügen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wurde von der Regierung auf 1 1/2 Millionen angegeben. Lloyd George sagte unter allgemeinem Beifall, er hoffe, persönlich nach Washington gehen zu können, sobald die parlamentarische und die allgemeine Lage dies zulasse. Admiral Lord Beatty werde in Washington die britische Flotte, Lord Curzon das britische Heer und Marshall Higgins die britischen Luftstreitkräfte vertreten. Chamberlain teilte mit, daß die Regierung im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage vier Gesetzentwürfe einbringen werde. Lloyd George wird morgen bei ihrer Einbringung eine allgemeine Erklärung über die Politik der Regierung abgeben. Chamberlain gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung des Parlaments nicht länger als 14 Tage dauern werde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung fragte C. Innes (Arbeiterpartei) an, ob es richtig sei, daß England auf der Brüsseler Hungerkonferenz erklärt habe, man müsse Rußland so lange Unterstützung verweigern, als es seine Vorkriegsschulden noch nicht bezahlt habe. Der Direktor des Bureaus für Auswärtiges erwiderte im Namen der Regierung, die in Brüssel angenommene Resolution unterscheide zwischen Hilfswerk und Kreditgewährung für Rußland. Die Konferenz lud alle Regierungen ein, dem Roten Kreuz bei dem Hilfswerk für Rußland beizustehen. Die englische Regierung handle bereits demgemäß. Was die Kreditgewährung anbetreffe, so entspreche die Haltung der Konferenz dem Beschluß vom 16. August, wonach Rußland erst Kredite gewährt werden sollen, wenn es die Bedingungen annehme, die im Handelsverkehr zwischen zivilisierten Völkern üblich sind. Auf eine andere Anfrage erklärte die Regierung, die englische Regierung stehe immer auf dem Standpunkt, daß Rußland nur dann Kredite gewährt werden, wenn es seine Vorkriegsschulden anerkenne.

Die neugewählte Abg. Frau Windringham wurde von Asquith und Donald Mac Lean eingeführt. Die Mitglieder aller Parteien brachten ihr Ovationen dar.

Die Londoner Polizei verbot jede Kundgebung in der Nähe des Unterhauses oder in den zu ihm führenden Straßen während der Dauer der Parlaments-Sitzungen. Am Schluß der gestrigen Sitzung gab der Sprecher bekannt, daß heute Zuhörer wieder Zutritt haben.

Gestern fand eine große Demonstration im Hydepark statt, die gegen die Verschleppungspolitik der Regierung in der Arbeitslosenfrage protestierte. Es ereigneten sich keine Zwischenfälle.

Deutschösterreich protestiert.

Wien, 18. Oktober. (WTB.) Der Auswärtige Ausschuh des Nationalrates hat einstimmig und bei einer Stimmenthaltung beschlossen: „Das Verhalten der Ententemächte seit der Ratifizierung des Vertrages von Trianon beweist, daß sie offenbar nicht willens sind, wesentliche territoriale Bestimmungen des Vertrages von St. Germain, und zwar gerade die für Oesterreich günstigen, durchzuführen. Infolge der hierdurch geänderten Sachlage wird die Bundesregierung ermächtigt, die in Venedig begonnenen Verhandlungen unter ausschließlicher Wahrung der Interessen Oesterreichs und der Rechte des burgenländischen Volkes fortzusetzen und vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung abzuschließen.“

Kanton Genf gegen Frauenstimmrecht. In der Volksabstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Genf wurde die Gesetzesvorlage mit rund 14000 gegen rund 6500 Stimmen verworfen.

Sieg des Bürgertums?

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Das Nichterscheinen des größten Teils der bürgerlichen Zeitungen hat leider bewirkt, daß die Meinungen der einzelnen Parteien über den Ausfall der Berliner Stadtverordnetenwahlen nicht mit genügender Klarheit zum Ausdruck gekommen sind. Fast als die einzige auf weiter Flur erhebt die „Deutsche Zeitung“, das Organ der deutschmonarchistischen (sog. deutschnationalen) Partei, ihre Stimme, um laut den Sieg der bürgerlichen Parteien zu feiern, den sie mit Recht als ihren Sieg bezeichnet.

Und das ist in der Tat der springende Punkt der ganzen Angelegenheit. Die bürgerlichen Parteien hätten die Mehrheit in Groß-Berlin nicht errungen, ohne die rund 100 000 Stimmen, die der äußersten Rechten zugewachsen sind. Die Parteien der Mitte haben durchweg sehr bescheidene, zum Teil sogar, wie die Deutsche Volkspartei, negative Erfolge zu verzeichnen, nur die Partei der nationalistischen und monarchistischen Reaktion hat neue Wählermassen an sich zu reißen verstanden und damit den Sieg der bürgerlichen Parteien herbeigeführt.

Diese Erscheinung sollte auch den bürgerlichen Parteien der Mitte ein wenig zu denken geben. Ihre Freude über die Vernichtung der „sozialistischen Mehrheit“ dürfte dadurch wesentlich gedämpft werden. Sie haben während des Wahlkampfes wie hypnotisiert nur nach dem äußersten Winkel der Linken gestarrt, und das wüste Treiben der Kommunisten, das nirgends entschiedener und erfolgreicher Bekämpfung findet als durch die Sozialdemokraten, bot ihnen in der Tat einen ganz ausgezeichneten Agitationsstoff. Aber ihre politische Einstellung war falsch, denn die Kommunisten haben längst aufgehört, eine ernste Gefahr für eine gedeihliche Entwicklung des Staatsganzen zu sein, die wirkliche Gefahr droht von rechts.

Seit die kommunistische Presse genötigt ist, Sammlungen für das hungernde Rußland zu unternehmen, und Rußland selbst gezwungen ist, auf dem Wege des Konzeptionsystems seine natürlichen Schätze an das ausländische Kapital zu verschleudern, ist die kommunistische Bewegung im Grunde ziellos geworden. Ihr Ideal ist zusammengebrochen, und der heillose Zustand der Konfusion in ihrem Innern zeigt, daß die ernsteren Elemente in dieser Partei heute schon mit der Frage ringen, ob es eine Grundlage für ihre politische Tätigkeit überhaupt noch gibt. Zwar schwört die Zentrale noch auf die „Offensivtheorie“, aber auch sie kann rechnen, sie weiß, daß von zehn Berliner Wählern noch nicht einer bereit ist, einen kommunistischen Stimmzettel in die Urne zu werfen, und daß dieser eine, wenn er zur Offensivpraxis übergehen wollte, von den neun oder zehn anderen zur Reision gebracht werden würde.

Ungleich ernster aber ist die Gefahr von rechts. Man braucht sie nicht darin zu suchen, daß die äußersten Rechten, von ihren Erfolgen beraubt, zu Gewalttaten gegen den Bestand der Staatsordnung übergehen könnten. Dazu ist sie weder stark noch einheitlich genug, um ein solches Unternehmen gegen den Widerstand der gesamten Arbeiterchaft durchführen zu können. Aber auch sonst ist der Schaden, den sie nach außen und nach innen anrichtet, groß genug.

Nach außen gilt, nicht mit Unrecht, der deutschnationale als der Typ jenes Deutschen, der nicht lernen kann. Die bedingungslose Anbetung der Macht, der Glaube an das allein seligmachende Maschinengewehr, das Hintansehen jeder politischen Ueberlegung hinter die nationale Leidenschaft und einen sich brutal äußernden Machtwillen — das waren die destruktiven Kräfte, die Deutschland zugrunde gerichtet haben. Sie leben in der sogenannten „deutschnationalen“ Partei fort, und wehe Deutschland, wenn sie noch einmal zu maßgebendem Einfluß auf seine äußeren Geschicke gelangten!

Die sogenannte „deutschnationale“ Partei hat ihr Leben mit einem Diebstahl begonnen. Sie hat den Namen „national“, den in seinem echten Sinn alle Parteien — sie selber vielleicht am wenigsten — beanspruchen können, für sich mit Beschlag belegt. „National“ sind jetzt nach dem Firmenschild nur noch die einstigen Konservativen, selbst die ehemaligen Nationalliberalen waren genötigt, auf diesen Namen zu verzichten und sich einfach „Deutsche Volkspartei“ zu nennen. Dadurch ist der Begriff des Nationalen in Mißkredit gekommen, der tiefe Unterschied zwischen national und nationalistisch verwischt worden.

Im Innern hat die sogenannte „deutschnationale“ Partei durch die maßlose Verheerung der ihr zugänglichen Volksschichten ungeheuren Schaden angerichtet. Vergebens wehrt sie sich gegen den Vorwurf, daß eine Reihe sinnlos blutiger Taten, die Deutschlands Namen in der Welt schändeten und den Glauben an Deutschlands Zukunft erschütterten, Folgen dieser Verheerung sind. In derselben Richtung wirkt ihr wüstes antisemitisches Treiben, ihr Anknüpfen an die glorreichen Traditionen der Stöcker, Ahlwardt und Bäcker. Dieser Antisemitismus, der agitatorische Erfolge

erzielt kann, weil er an die höchsten Instanzen appelliert, der aber in keiner Weise zielweisend wirkt, hat sich noch immer und überall als verwestend und politisch ganz unfruchtbar erwiesen.

In den Arbeitermassen steht man das Wachsen der reaktionären Welle mit begrifflicher Erregung. Denn die Arbeitermassen, die zu politischem Denken erwacht sind, und die die stärkste Stütze der heute in Deutschland bestehenden Staatsordnung, der demokratischen Republik sind, sie erkennen in den Deutschnationalen die Nachfahren jener Konfessionen, die ihnen mit der brutalksten Zähigkeit alle politischen und gesellschaftlichen Menschenrechte verweigert haben. Ergibt sich das Bürgertum der Reaktion, dann schwinden die Aussichten für eine friedliche Entwicklung im Innern, und ein fürchterlicher Zusammenstoß rückt als drohende Wahrscheinlichkeit in die Nähe.

Das sind Gründe, die das politisch denkende Bürgertum in Berlin veranlassen sollten, seinen „Sieg“ eher mit zwei nassen Augen zu betrachten als mit einem nassen und einem trockenen. Es steht nicht gut um seine Sache, wenn es seine innerpolitischen Schlachten von dem Gesolge Juden- und orthodoxen schlagen lassen muß. Denn dadurch wird nur noch um so klarer, daß nur die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die immer mehr zu einer Bewegung aller körperlich und geistig Schaffenden wird, einen geregelten Gang des republikanischen Staatswagens zu sichern und dem sozialen Fortschritt den Weg zu bahnen imstande ist. Immer noch, wenn sich das Bürgertum allzu offen in die Arme der Reaktion warf, war ein neuer gewaltiger Aufstieg der Sozialdemokratie die Folge. Es kann diesmal nicht anders sein!

Mayer gegen Wirth.

Die Treibereien gegen den Bestand des Kabinetts Wirth nehmen ihren Fortgang. Nachdem sich die Kandidatur des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer als durchaus unpraktisch erwiesen hat, ist man auf den Gedanken gekommen, den deutschen Botschafter in Paris, Herrn Dr. Mayer-Kaufmann als Kanzlerkandidaten vorzuschreiben. Es heißt, daß Dr. Mayer von den Trägern dieser Idee bereits bewogen worden sei, nach Berlin zu kommen, um im geeigneten Augenblick die Verhandlungen über die Kabinettsbildung in die Hand zu nehmen.

Als Urheber dieses Treibens gegen den Zentrumskanzler Wirth werden mit Recht oder mit Unrecht — wir hoffen mit Unrecht — die Zentrumsabgeordneten Marx und Klöcker bezeichnet. Der erstgenannte ist bekanntlich seit Trimborns Tod Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag.

Ernüchterung am Devisenmarkt.

Daß die Entwertung der Mark in den letzten Tagen weit über das durch die Verhältnisse gerechtfertigte Maß hinausging, zeigt sich in der heutigen Haltung des Kurses der ausländischen Zahlungsmittel. An der Berliner Börse wurden heute zu Beginn des Geschäftes Dollarnoten mit 177 ausgedoten. Es kamen jedoch zu diesem Kurse, der wesentlich unter der amtlichen Notierung von gestern liegt, Abschlüsse noch nicht zustande. Im weiteren Verlauf ging der Dollar auf 173 herab. Auch bei diesem Kurs fanden wesentliche Abschlüsse nicht statt. Man hat den Eindruck, als ob die überstürzten Ankäufe der Industrie und des Großhandels vollkommen eingestellt worden sind, und daß eine ruhigere Auffassung in den beteiligten Kreisen Platz greift.

Im weiteren Verlauf hielt die Stille am Devisenmarkt an, der Dollar wurde mit 170 gehandelt, 100 polnische Mark stellten sich auf 4,30 Mark. Weitere Devisenkurse lagen bis 1 Uhr mittags noch nicht vor.

Bayern gegen die Devisenspekulation.

München meldet: Das bayerische Handelsministerium hat dem Vernehmen nach schon vor längerer Zeit die Aufmerksamkeit der zuständigen Reichsstellen darauf lenken lassen, daß die Ausschreitungen der Spekulation vor allem auf dem Devisen-

markt auch in den westlichen Kreisen der bayerischen Bevölkerung schwerste Befürchtungen und tiefschneidende Bitterkeiten hervorgerufen haben. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß in Bayern die kleinen, um die Grenze des Existenzminimums sich bewegenden Vermögen und die Schicht der nun mit dem Untergang Bedrohten verhältnismäßig größer und wichtiger ist als in manchen anderen Teilen des Reiches und daher Bayern besonders an den Vorgängen interessiert ist, die vor allem an den großen Börsen in Erscheinung treten. Wenn schon diese Vorgänge mehr die Folge als die Ursache der inneren Wertbewegung der Mark sind und es hiernach unmöglich ist, mit technischen Mitteln den Sturz der Mark aufzuhalten, so muß doch nach Auffassung der bayerischen Regierung versucht werden, wenigstens den größten Ausschreitungen der Spekulation entgegenzuwirken. Hierzu wurde in übereinstimmender mit dem Urteil hervorragender bayerischer Sachverständiger neben anderen Maßnahmen besonders die Einführung der Legitimationspflicht und des Schlußscheinzwang bei Devisengeschäften angeregt.

Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen sind bereits in Oesterreich zur Abwehr der Devisenspekulation in Anwendung gebracht.

Bundestag der freien Schulgesellschaften.

Am 15. Oktober begann in Köln eine Tagung von etwa zweihundert Delegierten der freien Schulgesellschaften, um zu den schwebenden Fragen der geschiedlichen Regelung unseres Schulwesens Stellung zu nehmen und den organisatorischen Auf- und Ausbau der Schulgesellschaften zu einer ganz Deutschland umfassenden Einheitlichkeit zu bemerksamen. Man kann schon jetzt sagen, daß die erste Aufgabe, die sich in erster Linie mit pädagogischen Fragen zu befassen hatte, in erfreulicher Einmütigkeit gelöst wurde. Was jedoch die zweite Aufgabe, die Gestaltung der Organisation, anbelangt, muß zugegeben werden, daß die Herbeiführung einer strengen und kräftigen Zentralisierung der Schulgesellschaften noch schwere Hindernisse zu überwinden haben wird. Ein erstes Hindernis liegt darin, daß sehr viele Ortsorganisationen noch nicht die wünschenswerten Festigkeit erlangt haben, die nötig ist, wenn sie als Bausteine den Gesamtaufbau tragen sollen. Zum andern aber ist auch hier das alte Leid zu bekennen, an dem alle Organisationen tragen, die die verschiedensten Parteien zu gemeinsamer Arbeit vereinigen wollen: das Leid der Ausnutzung der Bewegung zu parteipolitischen Zwecken durch kommunistische Kreise. Hoffentlich ist diesen Hindernissen in der Kölner Tagung zum Bewußtsein gekommen, daß hierdurch der Bewegung ein schwerer Schaden zugefügt wird, und daß die Einigkeit aller derer, die unsere Schule zu einer wirklichen Volkseinheitsschule gestalten wollen, die unbedingte Voraussetzung zur Erreichung dieses hohen Zieles bedeutet.

Es wurde eine Anzahl von Entschliessungen angenommen, deren erste an Reichstag und Reichsregierung gerichtet ist. Sie verlangt die unverzügliche

Vorlegung eines Reichsschulgesetzentwurfes,

der als die Normalschule der deutschen Republik die weltliche Schule festlegt, die der Reichseinheitsschule die Bahn weisen soll. Eine weitere Resolution richtet sich an die deutsche Lehrerschaft, die die Einheitsschule erstrebt, und fordert diese auf, den Kampf für sie durch Einleit zum Bunde der freien Schulgesellschaften zu führen und gemeinsam mit ihm das Volk zum Kampfe für die Schule aufzurufen. Ferner wendet sich eine Entschliessung an die freigeistigste deutsche Elternschaft. Diese soll sich für Abänderung der jetzt bestehenden Schulparagrafen der deutschen Reichsverfassung einsetzen, die an der Festlegung der Einheitsschule vorbeigegangen ist. Es soll der Elternschaft die Befähigung des kürzlich vorgelegten Reichsschulgesetzentwurfes vor Augen geführt werden, der die Möglichkeit einer noch größeren Zerreißung des deutschen Volksschulwesens in sich trägt und keinerlei Gewähr bietet für die zu fordernde, im Unterricht zum Ausdruck kommende Anerkennung der Republik als bleibende Staatsform. Endlich wendet sich der Bundestag an die breite Öffentlichkeit und verweist sie auf die Gefahren und Schwierigkeiten, die der freien Schule und ihren Förderern bereitet werden durch die reaktionären Schul- und Beherrschenden in den Schul- und Verwaltungsstellen, durch das akademische Beamten-tum in seiner Regenzahl, das sich dem autoritären-monarchischen System verschrieben hat und das neue System sabotiert, wo es nur kann. Alle auf dem Boden der heutigen Staatsform stehenden Volksvertreter, die Verwaltungsfunktionäre in Reich und Einzelstaaten sollten darauf hinarbeiten, Säuberung zu halten, die reaktionären Beamten durch Republikaner zu ersetzen und Befreiung aller Beherrschenden herbeizuführen, die bewußt zum Hof gegen die bestehende Staatsordnung ergelben und ihren verfassungsmäßigen Verpflichtungen (Artikel 148) nicht nachkommen.

Zur literarischen Erziehung der Kinder wurde gefordert, daß gegen den literarischen Schund in den Lehr- und Lesebüchern mit aller Macht eingeschritten werden müsse. In der Frage der Fernmittelfreiheit wurde verlangt, daß die Verfassungsbestimmung betr. Lieferung freier Fernmittel baldmöglichst in allen Volksschulen der deutschen Republik durchgeführt werde.

Gegen die Befegung der Schulen mit Rektoren erhoben die Schulgesellschaften schärfsten Protest und ersuchten, unverzüglich die notwendigen Schritte zu unternehmen, die kollegiale Schulleitung zur Durchführung zu bringen.

Die Volksversammlung am Abend des ersten Tages gestaltete sich im großen Saale des Gürzenich zu einer machtvollen Kundgebung für die Einheitsschule. Staatsratspräsident Peus-Dessau redete über das Thema: „Die freie Schule, eine Kulturforderung der Gegenwart“. Seine Ausführungen waren ein warmes Bekenntnis zu der alle Schichten, Parteien, Konfessionen unseres Volkes umfassenden Volkseinheitsschule, die nur dann zustande kommen könne, wenn die Schule von der einseitigen Beherrschung durch Konfessionen und Parteien erlöst würde.

Der schimpfende Schulmeister.

Hamburg, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere Schulmann und Schriftsteller Otto Ernst, mit dem sich die sozialistische Presse wegen seiner reaktionären Hegeleien, die sich insbesondere gegen den Genossen Scheidemann richteten, schon des öfteren beschäftigt mußte, hatte in den beiden Hamburger nationalsozialistischen Zeitungen, der „Hamburger Warte“ und dem „Hamburger Tageblatt“, einen Artikel veröffentlicht: „Die Republik soll leben!“ In diesem Artikel stellt Otto Ernst die Frage, aus welchen Gründen eigentlich die Regierung durch die Verordnung des Reichspräsidenten die Republik schütze und warum die Republik überhaupt geschützt werden müsse. Er antwortet darauf folgendermaßen:

„Weil die Herren Fürstenbinder, Kantinenwirte und Leinwälder, die Landräte, Ministerpräsidenten und dergleichen geworden sind, es nun auch gern bleiben möchten? Weil der Herr Reichskanzler so geduldig dem Zustand die Wangen hingehalten hat, als gäbe es gar nicht so viel Ohrenfeigen, die darauf Platz hätten, weil sich in Parlament und Versammlung, im Haus und auf der Gasse, im Bierhaus und im Gerichtssaal ihre Majestät die souveräne Dreckschale breit machen darf?“

Ernst schließt mit der Bemerkung, die Zeit werde kommen, wo man „keine Gleichheit mit fanatischen Idioten und keine Freiheit für plebejisch gefinnte Schulte“ werde haben wollen.

Die Hamburger Polizeibehörde sah in diesem Artikel Grund genug, um gegen beide Blätter einzuschreiten. Das „Hamburger Tageblatt“ und die „Hamburger Warte“ sind daher vom Postsenator Henke auf die Dauer von vierzehn Tagen, bis zum 31. Oktober 1921, verboten worden.

Der verarmte Wilhelm.

Die „Cologne Post“, das Organ der englischen Befehlsgewalt, berichtet, daß der ehemalige deutsche Kaiser durch die augenblicklichen Wäntaverhältnisse gezwungen sei, zehn Mitglieder seines Hauses zu entlassen.

Es geht bergab mit der Monarchie! Erst mußte Wilhelm auf seinen Thron verzichten, und nun steht er sich gezwungen, seinen Hofstaat zu vermindern und einen Teil seiner Getreuen zu entlassen. Es bemerken sich die Worte des Kaiserliedes: „Nicht Hof, nicht Reiche sichern die stolze Hb, wo Fürsten Rehn.“

Fortsetzung des Militärtauchprozesses.

Bei der weiteren Vernehmung des früheren Leiters der Befehlsgangsstelle der Sicherheitswehr Major Bruer, fragt der Vorsitzende: Sie haben gestern gesagt, daß zu jener Zeit, als das Tauchgeschiff abgeschlossen wurde, Sie gewöhnlich nicht vorher Vorfragen stellen, sondern befragt waren, selbständig abguschließen. Nun hat aber der Minister am 26. April ausdrücklich verfügt, Ihrem Antrage gemäß wird die Genehmigung zum Anlauf von 450 000 Mark Tucherteil. Zeuge: Wegen der Höhe des Objektes konnte ich in diesem Falle nicht allein die Verantwortung tragen. Die Einfuhrgenehmigung habe ich selbst besorgt. Vors.: Wussten Sie, daß auf die zweite Lieferung 2 Schilling aufgeschlagen waren? Zeuge: Nein. Auf Befragen von Rechtsanwalt Augustin, Köln, gibt

Der Mensch ist gut!!

Von Michael Charol.

Der Mensch auf die systematische nationalsozialistische Verheerung der letzten Jahrzehnte, die 1914 ihre Auslösung fand, zeigte sich zuerst im zweiten Kriegsjahr. Man erschau vor der wilden Bestie, die auf den Schlachtfeldern dreier Kontinente raubte, flegte und mordete. Man konnte den Gedanken nicht fassen, daß diese Bestie sich auch aus Menschen zusammensetzte. Aus Menschen, mit welchen man bis jetzt täglich zusammenkam, wie man sie jetzt stündlich in anderen Notizen auf der Straße traf, mit denen man auch jetzt noch in einem Zimmer am selben Tisch zusammenfaß. Die Summe dieser Menschen sollte nun die fürchterliche Bestie dort draußen ergeben? Wie man sich dagegen auch sträubte, es war so, und so suchte man nach Gründen. Die entsetzliche Lebensweise, die grauenhaften Erlebnisse, der eiserne Zwang waren diese Gründe, die den Dichter schützten. Sie zeigten den Menschen im Hinterland, was an Tausende zusammenbrachen und Millionen vertierten.

Der Mensch, der Mensch an sich ist gut. Er ist edel, feinfühlig, hilfsbereit, Gütigkeitsbedürftig — sie wiesen es Dichters, psychologisch und biologisch nach — der Mensch ist die Krone der Schöpfung ... nur die Umstände, die entsetzliche Notwendigkeit! Daß die Umstände und diese Notwendigkeit von ebensolchen Menschen geschaffen werden, daß Millionen starben, damit sich Hunderte bereicherten, damit Duzende zu Ruhm und Ehren gelangten, daß das Streben nach diesem blutigen Ruhm und diesen nach Reichen pestenden Ehren von ebensolchen Menschen schon kleinen Kindern eingebläut und als allein begehrenswert dargestellt wurde, daran dachten die Dichter nicht. Sie hatten vor sich ein Idealbild, das sie Mensch nannten, und alles, was anders war, mußte ein Verstum, mußte ein Produkt der äußeren unabwehrbaren Kräfte sein. „Der Mensch an sich ist gut! Erinnern wir ihn daran, daß er gut ist, und er wird vor seinen bisherigen Läten erschrecken, und der Wahn, in dem er bis jetzt gelebt hat, wird zerfallen!“

Mit dieser Annahme: der Mensch ist gut, begannen nun die Dichter nach „dem Menschen“ zu rufen. Es gibt wohl kaum ein Werk eines Dichters aus dem jungen Geschlecht, das in den letzten Jahren entstanden ist und nicht in irgendeiner Form nach „dem Menschen“ rief, sich an „den Menschen“ wandte. Und niemand, kein Kritiker, kein Dichter bisher fühlte die Verlogenheit dieses „Menschen“. Keiner merkte, daß dieser „Mensch“ eine Utopie, eine Lüge, ein Phantasiegebilde überreizter Gehirne, ein abstrakter Begriff ist. Keiner merkte es, oder, was wahrscheinlicher ist, keiner wollte es merken, da eine angenehme Täuschung, ein Einfließen in unerreichbare, romantische Nebel von den Menschen immer der erbarungslosen Wahrheit vorgezogen wurde, trotzdem nur die Wahrheit menschenwürdig ist. Genau wie es eine nationalsozialistische Lüge

gibt von der Auserwähltheit des eigenen Volkes, genau so baut sich auch das pazifistische Prinzip einer Lüge auf: „Der Mensch ist gut!“

Der Reichspräsident hat sich ein großes Verdienst erworben, als er in einem Erlaß von der stillosen Verrohung des deutschen Volkes sprach; der Völkervertrag und der pazifistische Kongreß würden sich ebenso verdient machen, wenn sie von der Rohheit und Bosheit und der Verkommenheit der ganzen Menschheit reden würden. Wenn sie, statt zu oertuschen, alle Grausamkeiten sämtlicher Nationen in sämtlichen Sprachen herausgeben würden. Wenn sie alle Einzelzüge aufschrieben, die die stillosen Verkommenheit, die unerträgliche Rohheit, den krafftesten Egoismus der Menschen beleuchten, und dadurch der Menschheit den Seelenpiegel vorhielten. Es ist leicht möglich, daß eine ganze Reihe Verdorbenen unter uns den grauenhaften Anblick der moralischen Best nicht ertragen könnten, es ist möglich, daß eine solche Vertüre unsere Irrenhäuser für eine Zeitlang überfüllt würde. Aber es ist sicher, daß auf der Basis der Wahrheit sich eine Besserung und eine menschlichere Gemeinschaft, als die jetzige Gesellschaft sie repräsentiert, aufbauen ließen. Es ist wahrscheinlich, daß im Grauen vor diesem Abbild die Menschen Verbesserungen anzubringen versuchen würden, daraus mit der Zeit ein wirklicher Pazifismus mit wirklich guten Menschen entstehen könnte. Der Schrei „Der Mensch ist gut!“ und das Hinstellen dieses Ideals als schon vorhandene Tatsache wird uns nie weiterbringen, da er von den Meisten als eine von den vielen Kartoffeln gebraucht wird, mit denen die Menschen sich so gern über das Unangenehme hinweghelfen.

Lesingtheater: „Der lasterhafte Herr Tschu“.

„Ein Spiel mit Körpern und mit Seelen“ nennt der Verfasser Julius Verkl seine Arbeit. Legendenhaftes ist hineingewoben. Am Anfang sieht's so aus, als solle den Großen der Erde, den Mandarinen, mahnend und drohend der Gedanke einer rächenden göttlichen Vergeltung entgegengehalten werden. Indes von einer dichterisch gestalteten Durchführung dieser oder einer anderen Idee ist nicht die Rede. Kein Hauch des einseitig schlichten Ernstes, der in dem mittelalterlichen Legendenspiel „Jedermann“ ergriff, läßt sich hier verspüren. Das Aufgebot jenseitiger Gewalten, die Klage über menschliche Schwäche und Verderbtheit und das Elend alles Erdendaseins erscheint hier nur als äußerlicher Apparat, der einer unbefleckten, heillos auseinanderfallenden Bilderfolge zu einem künstlichen Relief verhelfen soll. Die malarisch eigenartigen chinesischen Dekorationen waren das einzige, das den Eindruck der Echtheit machte.

Schon im Vorspiel in der Unterwelt macht sich ein arger Mangel verblühender Konzentration bemerkbar. Die Skizzierung der armen abgeschiedenen Sünder, die durch den Urteilspruch grotesk unheimlicher Bösen zu infernalischen Strafen verdammt werden, steht mit der Hauptfigur des Mandarinen, der auch in der Hölle noch ein Privileg beansprucht, in keinerlei organischer Beziehung. Als besonders schwerer Uebelthäter wird er zur Buße seiner Frevel in die Oberwelt zurück-

geschickt, um dort die Selben eines elenden Flätschneiderlebens durchzuführen. Doch das Motto tritt bald zurück zugunsten einer sentimentalisch aufgeputzten Liebesaffäre, die mit dem Wesen jenes aufgelaufenen scharfsinnigen Würdentragers auch nicht das mindeste zu tun hat. Als Schneider steigt er aus seinem Sarge, entflieht der Schneidersfrau, verdingt sich als Diener bei der eigenen ungeheuren Gattin, um in der gleichen Rolle dann bei Din-ning, seiner einstigen Mätresse, anzutreten. Die triebhaft dumme Kleine (sehr anmutig von Frä. Bergner dargestellt) hat den Verstorbenen noch nicht vergessen. Ihre Liebe zehrt von der Erinnerung, wie drollig er auf einem Bein hüpfen und obenreißer gleich einer Epithemas pfeifen konnte. Als der Diener die wunderwollen Künste seines früheren Ich von neuem spielen läßt, vermag ihr Herz nicht länger Widerstand zu leisten. Sie entläßt mit ihm der Kupplerin. Diese schwankhaft burlesken Szenen riefen lebhaftesten Applaus hervor. Was folgte, mußte in seiner kraffen Stillosigkeit, die sich im letzten Bild zu Zügen eines widerwärtigen Sodomismus steigern, um so ärger verstimmen. Das Wübel entweicht dem „hungernden“ für sie zum Dieb gewordenen Schneidersmann und wird Mätresse eines schleichlich dicken und grauenhaften Mandarinen, der den verhaftesten Schneider vor ihren Augen foltern läßt. Sie weint nur einige stille Tränen, während er den Foltertod mit Gesten triumphierender Ekstase als Erlösung begrüßt. Weiter stehen Ungeheuer und Unnatürlich sich freilich nicht mehr treiben.

Direktor Barnowskys Inszenierung hatte das Willen kunstvoll fertig herausgearbeitet. Die einzelnen Figuren boten kaum eine Handhabe zu irgendwie intimerer Charakteristik. Alexander Granach deklamierete mit oft überlautem Einmusseln den Mandarinen, Valentinia verführerisch abschreckend draßlich das Scherusal in dem letzten Bilde.

Neuerwerbungen Berliner Museen. Die drei Meisterblätter alter deutscher Zeichnung, die auf der Amsterdamer Versteigerung der Sammlung Rodriguez für die Berliner Museen ersteigert werden konnten, sind jetzt im Kupferstichkabinett ausgestellt. Es sind: das Abendmahl von Albrecht Dürer, eine der bisher umstrittenen Zeichnungen aus seiner Frühzeit, um 1495; dann Hans Baldung Grien's Enthauptung der heiligen Katharina, 1505 datiert, eine der stolzen Kupferungen seiner schwungvollen Feder; endlich die Zeichnung eines ritterlichen jungen Königs als heiligen Sebastian, aus dem 15. Jahrhundert.

Der César-Fried-Bjelland beginnt am 23. Oktober mittags 11^{1/2} Uhr in der Scala mit einer Aufführung von Gustav Mahlers II. Sinfonie. Der Chor der Staatsoper wirkt mit.

Die Berliner medizinische Gesellschaft veranstaltet am 26. Oktober 1/8 Uhr eine Festkündigung zu Ehren Virchow's im Saal des Langenbeck-Stadion-Theaters.

Plato und Goethe — Katholiken. Hermann Bahr, der Uebermoderne von einst, ist jetzt zum Katholizismus zurückgekehrt. Er hielt in dem österreichischen katholischen Universitätsverein einen Vortrag, worin er nachwies, daß eigentlich alle eilernen Naturen katholisch dachten. Der alte Gehe Plato, dem das Christentum später viele Ideen entlehnte, war schon so ein ungeliebter Katholik. Und Goethe — meint der Reher von ehemals — wäre heute auch Mitglied des katholischen Universitätsvereins.

Das Weinhaus in der Bannmeile.

Nächtlicher Spuk in der Leipziger Straße.

In der Leipziger Straße, gegenüber dem Reichspostministerium, zwischen 10 und 11 Uhr abends. Ein Auto fährt dort vor. Das ist an sich nichts Außergewöhnliches. Sonst löst dort ein Auto das andere ab; aber die glänzende Reihe fand trotzdem wohl kaum Beachtung. Jetzt fuhr nur eines vor und die Menschen blieben stehen, um zu schauen; das Auto war Mittelpunkt ihres Interesses, denn es wurde von Schupo-Leuten begleitet. Die Schupo bahnt mehr oder minder energisch einen Weg zwischen diesem aufsehen erregenden Auto und dem Hausflur, vor dem es hält. Die allgemeine Spannung wächst. Was mochte hier vorgehen? War ein Mord passiert, wurden Schwerverbrecher abgeführt oder was sonst? Plötzlich huschten einige Männer durch den freigehaltenen Gang. Den Krügen hochgeschlagen, den Hut tief ins Gesicht gedrückt, und ihre Blicke schienen den Boden zu fressen. Schreie gellen durch die Luft: „Lumpen, Schufte, Gefindel...“ Ein Rud. das Auto fliegt mit ihnen davon. Die Erregung der Menge legt sich nicht so leicht, und trotzdem die Schupo unablässig zum Weitergehen auffordert, halten sich aufgeregte Menschen immer und immer wieder zusammen und besprechen das Erlebnis.

Eine Unterredung auf der Straße.

„Was haben sie verbrochen?“
„Streikbrecher sind sie, die den kämpfenden Gastwirtsangestellten in den Rücken gefallen sind.“

„Warum streiken die Gastwirtsgehilfen?“
„Weil es einfach unerträglich ist, auf Almosen, die das Publikum den Kellnern spendet, angewiesen zu sein. Ein festes Einkommen, das bei allen anderen Schaffenden selbstverständlich ist, wollen sich die Gastwirtsangestellten erkämpfen. Ein Teil der Gastwirte weigert sich, dieses feste Gehalt zu zahlen und erklärt, daß bei dem althergebrachten Trinkgeldsystem ein Kellner mehr als 100 000 M. im Jahre verdienen könne. Die Gastwirte verlangen also, daß um diese Summe das Publikum durch einen einzigen Kellner geprellt werde. Gegen diese Uebervorteilung des Publikums führen die Gastwirtsangestellten einen erbitterten Kampf. Viele alte Gäste haben erklärt, daß sie die Lokale nicht eher betreten werden, bis diese Forderungen der Angestelltenchaft, die durchaus im Interesse des Publikums liegen, bewilligt sind. In den Lokalen der Friedrichstadt verkehren jetzt fast ausschließlich Provinzler, denen der satte Magen über alles geht. Die Unternehmer versuchen Streikbrecher von auswärts zu erhalten, trotzdem laut Demobilmachungsminister in keinem anderen Gewerbe irgend jemand beschäftigt werden darf, der nicht am 1. August 1914 in Berlin sein Brot gesunden hatte. In dem Lokal, vor dem das Auto gehalten hatte, sind acht Streikbrecher beschäftigt und zum Schutze dieser acht war ein Postauto mit 80 Mann der Schupo erschienen. Wie lächerlich das wirkte. Auf jeden Streikbrecher kamen 10 Schupo-Leute. Im Lokal ist eine Wache aufgestellt. Man wird sagen, dieses Lokal liegt in der Bannmeile und man müsse dort Demonstrationen verhindern. Die Gastwirtsangestellten sind nicht töricht genug, hier Demonstrationen zu veranstalten. Sie gehen einfach spazieren jeder so, wie es ihm gefällt, dagegen ist nichts einzuwenden. Wohl aber wirkt es herausfordernd, wenn gegen diese friedlichen Spaziergänger die Schupo-Leute von einem schneidigen Leutnant mit Karabinern und aufgepflanztem Seitengewehr vorgeführt werden.“

„Einige Blätter haben von den Ausschreitungen der Streikenden berichtet, wie verhält es sich damit?“

„Das sind Schwindelgeschichten und die Blätter erweisen dem Publikum einen schlechten Dienst, wenn sie solche Unwahrheiten verbreiten. Wir haben nicht nötig, die Streikbrecher niederzuschlagen.“

Wenn es uns nicht gelingt, sie zu befehlen, fallen sie der Verachtung anheim und das ist die härteste Waffe, über die wir verfügen.

„Warum weigern sich die Unternehmer, ihre Forderung zu erfüllen?“

„Einfach darum, weil sie beim Trinkgeldsystem dem Kellner keine Entschädigung zu zahlen brauchen und weil ihnen die eigenen Interessen über die des Publikums gehen.“

Schupo-Leute forderten energisch zum Weitergehen auf und patrouillierten unablässig zum Schutze der „öffentlichen Ordnung“.

Keine Karabinerpolizei.

Wie wir hören, ist auch die von uns gestern gegebene Mitteilung einer Berliner Korrespondenz, daß die Schupo innerhalb der Bannmeile mit Karabinern ausgerüstet worden sei, nicht richtig. Es hat sich nur um ein Spezialkommando gehandelt, das zur Sicherung der Bannmeile eintritt.

Wir verstehen die Pflicht und das Recht der Schupo, die Bannmeile zu schützen, durchaus. Wir wissen aber auch, daß im Umfang der gestrigen Vorkommnisse die Bannmeile verhältnismäßig verfehlt worden ist, ohne daß die Schupo mit Karabinern, gefülltem Bajonet und ensichertem Revolver dagegen vorging. Es ist doch nicht zu verhehlen, daß den Gastwirtsgehilfen gegenüber ein ungewohnt unförmlicher Ton angewandt wird. Mag das zum Teil auch durch einzelne überhitzte Elemente unter den Streikenden selbst mit erzeugt sein. Sie verdienen, von ihrer Organisation gründlich zur Ordnung gerufen zu werden. Es darf aber doch nicht vergessen werden, daß es weder der arbeitenden Bevölkerung Berlins begriffenwert erscheint, jeden Bannmeilenauflauf mit ensichertem Revolver bekämpft zu sehen, noch ist's der Mehrzahl der Schupo-Leute sympathisch, gegenüber den Zivillisten immer als die todschlagsberechtigte, lebensgefährliche Polizei zu gelten. Man weiß doch bei ihnen auch, daß es harmlosere Mittel als 9-Millimeter-Blei zur Zerstreung unerlaubter Versammlungen gibt.

An die Einwohnerschaft Berlins

richtet sich ein von neun Arbeitnehmerorganisationen unterzeichnetes Aufruf, der heute an den Plakatwänden Berlins angehängt ist.

„Der Kampf im Gastwirtsgebetriebe ist kein Lohnkampf. Er ist eine brutale Machtprobe, die von den Unternehmern propagiert wurde. Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ab. Die Unternehmer lehnten die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums ab. Die Unternehmer haben dem Polizeipräsidenten auf seinen Vermittlungsversuch gar keine Antwort. Warum? Weil, wie sie selbst sagen, sie wieder Herren im Hause sein wollen, weil sie die künstliche Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren wollen. Weil sie mit Hilfe eines verächtlichen Manteltarifs wieder nehmen wollen, was das Leben ihrer Angestellten in den letzten Jahren erleichtert hat, weil sie ein unsinniges Lohnsystem, die Bewerigung des Trinkgeldes einführen wollen. Die Unternehmer behaupten, daß das Bedienungsgeld dem Kellner Jahresgehalt von 100 000 bis 180 000 M. verschaffe. Solche Summen soll ein Kellner seinen Gästen in einem Jahre aus der Tasche ziehen. Diesen Unfug machen wir unter keinen Umständen mit. Euch vom Bedienungspersonal will man fördern, um die andern um so leichter beherrschen zu können. Ist das erreicht, kommt auch ihr daran, dann macht man aus 10 Proz. Bedienungsgeld 6 Proz. oder gar 4 Proz., wie das Beispiel des Harzes und Schlesiens heute zeigt. Hunderte von Wirten haben unsere Forderung bewilligt. Hunderte von Wirten würden sie bewilligen, wenn sie nicht den Terror ihrer Kollegen fürchteten und nicht Angst vor der Zahlung der Konventionstrafe hätten. Hunderte von Wirten werden sie bewilligen, denn diese Konventionstrafe kann niemals eingeklagt werden. Die im Gastwirtsgebetriebe Tätigen lassen sich nicht verwohnen. Ihre ganze Zukunft, ihre Wohn- und Arbeitsbedingungen stehen auf dem Spiele. Deshalb halten sie aus und erwarten, daß auch die rechtlich denkende Bürgerschaft sie unterstützt.“

Zeuge an, daß nach den Veröffentlichungen in der Presse mit dem Tuschyndikat Verhandlungen geführt worden seien. Der Zeuge bestritt dann erneut, daß er wegen des Tuschgeschäftes aus dem Amte entsetzt worden sei, er sei vielmehr freiwillig nach Kündigung ausgeschieden. Vors.: Haben Sie in irgendeiner Form Schmiergelder oder Vergütungen erhalten? Sie wissen wohl, daß der Verdacht ausgesprochen worden ist, daß Beamte der Beschäftigungsstelle irgendwelche Vorteile gehabt haben. Zeuge Bruer: (Mit großer Entschiedenheit): Ich habe nichts erhalten, ich habe auch keine Anhaltspunkte dafür, daß andere Beamte Vorteile gehabt haben. Vors.: Können Sie das unter Eid nehmen? Zeuge: Gewiß. Herr Vorsitzender, habe ich Sie recht verstanden, daß Sie nur Verdachtsmomente aussprechen oder stützen Sie sich auf Tatsachen? Vors.: (Scharf unterbrechend): Wollen Sie meine Prozedur kritisieren? Ich stelle die Fragen, wie sie mir nötig erscheinen und verbitte mir jedes Dreinreden.

Polizeimajor Gerhardt, Leiter der juristischen Abteilung der Sicherheitswehr wurde als ehemaliger Rechtsanwalt von Major Bruer vor Abschluß der Verträge mehrfach um Rat gefragt, worüber er jetzt Auskunft gibt. Er bekundet weiter, daß der Angeklagte Trobek sehr erregt war, als der Kurs der Markt sich plötzlich änderte und um eine

Änderung des Vertrages

hat, um von dem großen Risiko befreit zu werden.

Rechtsanwalt Dr. Eisberg: War nicht Trobek bemüht, bei den Verhandlungen das Risiko des Ministeriums zu vermindern und den Vertrag so zu schließen, daß das Ministerium keinesfalls Schaden erleide? Zeuge bestätigt dies.

Gehemrat Pieschel vom Reichsbefehlungsamt gibt Auskunft über ein dem Reichsschatzamt gemachtes Angebot englischer Luche, das er schon aus volkswirtschaftlichen Gründen abgelehnt habe. Aus einem Anruf von Major Bruer folgert Zeuge, daß dieser von dem Angebot gemutet habe. Ein Direktor von ihm hatte den Eindruck, daß geschmiert werden sollte. Zeuge Bruer: Mir war mitgeteilt, daß dort die Luche angeboten waren, daher suchte ich herauszubekommen, welcher Preis dort gemacht wurde. Zeuge Pieschel: Als ich anfragte, welchen Preis die Luche bei dem ersten Tuschkauf gezahlt habe, verweigerte Major Bruer die Auskunft. Zeuge Bruer: Bei dem Verhältnis zu der Reichsbefehlungsstelle hatte ich dazu keine Veranlassung. Vors.: Es scheinen also Reibereien zwischen der Sicherheitswehr und der Reichsbefehlungsstelle bestanden zu haben? Zeuge Pieschel: Davon ist mir nichts bekannt. Wenn die Beschäftigungsstelle von den richtigen Instanzen Gebrauch gemacht hätte, so wäre es den Interessen des Staates dienlicher gewesen. Zu uns kamen Schieber, die sagten, daß sie für die Sicherheitswehr Beschäftigungslücken füllen wollten und unterstümmt Provision verlangten. Auf Befragen gibt Zeuge zwar zu, daß die deutschen Tuschfabriken das Militärloch damals nicht liefern konnten, daß aber die Reichsstelle, wenn die Dringlichkeit nachgewiesen wäre, die dringendsten Bedürfnisse der Sicherheitswehr hätte decken können. Die Tuschbeschaffung aus England hätte unterbleiben können. Mit den Mänteln hätte man noch einige Monate warten können. Zeuge Bruer: Man muß die damaligen Verhältnisse berücksichtigen; wir hatten nichts und mußten leben, wo wir es herbekamen. Schieber habe ich nicht benutzt. Darauf wird Major Bruer vereidigt.

Zur Naturgeschichte Dr. Heims.

Dr. Heim hat bekanntlich unlängst die Hecktampagne gegen den Reichstanzler eröffnet und sie nebenbei durch einen markierten Angriff gegen Hergt verschleierte.

Nun gräbt dieser Tage das bekannte Organ des bairischen Rationalismus, das „Heidelberger Tagblatt“, eine beachtliche Geschichte aus. Es wendet sich dagegen, daß gerade ein Mann wie Heim Hergt vorwerfe, daß er aus parteigegensätzlichen Gründen nationale Interessen verlegt habe und schreibt:

„Eigenartig, daß gerade Dr. Heim den Mut hat, solche Vorwürfe zu erheben. Es ist vielleicht zeitgemäß, daran zu erinnern, welche Stellungnahme er selbst in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes eingenommen hat. In einem mit seinem Namen gezeichneten Artikel, der am 1. Dezember 1918 im „Bayrischen Kurier“ erschien, forderte Dr. Heim vom bayerischen Standpunkt aus den engsten Zusammenschluß von Bayern, Böhmen, Tirol, Steiermark, Oberösterreich. Dieser Zusammenschluß seiner Ansicht nach der einzige Weg, der einen Ausgleich für unausbleibliche wirtschaftliche Schäden für Bayern bringe. Er meinte, wenn dieser Zusammenschluß nicht zustande komme, so sei dies ein Verhängnis, das in Jahrtausenden nicht mehr gut gemacht werden könne.“

Er schrieb dann wörtlich: „Wenn feststeht, daß die Allierten niemals zugeben werden, daß das alte Deutschland durch Oesterreich vergrößert wird, dann hat Bayern nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Entweder es bleibt im Gefüge des alten Reichs. Dann muß es auf diese glänzende Perspektive verzichten, oder Bayern vollzieht und erstreckt diesen Anschluß. In einer Ansicht nach kann nur das letztere in Betracht kommen. Das neue Wirtschaftsgebiet hat keinen Anschluß zum Meere, sein genügendes Erz- und Kohlenvorkommen. Hierfür gäbe es aber eine Lösung, kurz bezeichnet mit dem erweiterten deutschen alten Rheinbund, Hannover, Westdeutschland bis zur Elbe und Süddeutschland mit Oesterreich. Hierfür sprechen aber noch andere Gründe...“ Als diese anderen Gründe bezeichnet Dr. Heim die Notwendigkeit, sich gegen den „Eiterherd des Bolschewismus“ abzuschnellen. Bayern müsse sich schon aus diesem Grunde mit der „Hoffnung einer Wiedervereinigung“ unbedingt abtrennen. Bei einer derartigen Neugruppierung in Deutschland werde die Entente keine Schwierigkeiten machen.“ Der Artikel schließt damit: „Es ist die Rettung die Zukunft Bayerns, die einzige Möglichkeit für einen Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in Bayern, die einzige Rettung vor einer Verarmung Bayerns.“

Wenn heute dieser Artikel aus der Vergangenheit hervorgezogen wird, so erscheint manches von dem, was Dr. Heim in der späteren Zeit unternommen hat, erklärlich. Es sei nur erinnert an seine Reisen nach Ungarn, an seine Agitation in den Donaufürstentümern für die Grüne Internationale, an seine Verbindung mit dem Grafen Bothmer, an jene mysteriöse Unterredung mit französischen Offizieren in Mainz usw.

Wir wollen gar nicht von der unglaublichen Kurzsichtigkeit und politischen Torheit jener Donaufürstentümer reden. Aber es ist nur in Deutschland möglich, daß ein Mann, der sich nicht geschämt hat, in der schwersten Stunde des deutschen Vaterlandes seinen politischen Einfluß offen für die Zertrümmerung des Reiches einzusetzen, heute noch eine politische Rolle spielen darf, und es heute noch wagen darf, anderen unberechtigt vorzuwerfen, daß sie nicht genug vaterländisches Verantwortungsgesühl hätten.

Die englische Marinekontrollkommission ist um eine ganze Anzahl Offiziere und Beamten verringert worden. Mehrere Abteilungen und Unterkommissionen wurden aufgelöst. Die abberufenen Offiziere und Beamten sind bereits nach England zurückgekehrt.

Ministerkrisis in Portugal. Bei einem vom Bischof von Lissabon geleiteten den Regierungsmitgliedern gegebenen Festessen soll eine Bombe geworfen und mehrere Minister verletzt worden sein. Mehrere Revolutionäre, die sich in ein benachbartes Café flüchteten, seien verhaftet.

Wahlversprechungen.

Jetzt haltet sie beim Wort.

Die hohen Preise für Gas und elektrisches Licht in Groß-Berlin waren bei den bürgerlichen Parteien ein beliebtes Mittel, um urteillose Wähler herüberzuziehen und neue Anhänger zu lockern. In bürgerlichen Flugblättern fand man immer wieder aufgedrückt, daß in anderen deutschen Großstädten die Preise für Gas und elektrischen Strom viel geringer seien. Wohlweislich wurde aber verschwiegen, daß Berlin unter allen deutschen Großstädten zugleich die teuerste Lebenshaltung aufweist, weil Bürgerliche und Jurorier mit ihrem Schieberanhang darin weitersparen, die Weststadt an der Spree bis zum Weißbütten zu schröpfen, was folgerichtig ausschlaggebend ist für die Gestaltung der Wohnart und demnach auch für die Verbraucherpreise in Gas und Elektrizität. Es hätte nur noch gesagt, daß man die Sozialdemokratie auch verantwortlich machte für die fortgesetzt steigenden Kohlenpreise, also für die noch nicht geringer gewordene Gewinnzufuhr der Kohlenmagnaten.

Nun haben die Bürgerlichen im Stadtparlament die Mehrheit. Jetzt sollen die bekannten Käber ihre Regier bei den Ohren nehmen und ihnen zurufen: Haltet Wort... baut schleunigst die hohen Preise für Gas und Elektrizität ab! Es wird all den Schreiberhais, die heute noch in eitel Wonne über den Wahlsieg schwimmen, nicht möglich werden, ihre Wahlversprechungen in Wahrheiten umzuwandeln. Mag auch manche städtische Karre, die während des Krieges und durch den Krieg in den Dreck gefahren worden ist, durch zähe Arbeit, wie sie gerade die Sozialdemokratie nach der Revolution geleistet hat, wieder in ein besseres Gleis gebracht werden können, so ist doch gerade die Versorgung mit Gas und Elektrizität ein Schmergenstimm geworden, weil hier, und zwar nur infolge des Krieges, Verhältnisse mitwirken, die weit über die Macht des Berliner Gemeindefinns hinausreichen. Ohne Kohlen kein Gas und keine Elektrizität! Ohne billige Kohle keine billige Lichtversorgung! Trügt nicht alles, so wird die kirchliche Preiserhöhung für Gas und Elektrizität, unter der bei dem Gas die wertvollsten Massen am meisten leiden müssen, nicht die letzte sein. Vor dieser Notwendigkeit, wenn sie unabwendbar ist, steht dann die bürgerliche Mehrheit.

Christus in der Hasenheide.

In der „Neuen Welt“ war der große Saal vollkommen überfüllt, jede Sitzgelegenheit war besetzt und jeder sich ergebende Stehplatz ausgenutzt. Die Ordner waren höchst elegant (schwarzer Anzug, weiße Blume im Knopfloch) und feierlich. Man muß es den Scientisten lassen, sie verheben sich auf Klänge und Aufmachung. Wukte doch jede Anschlagtafel, in marxistischer Weise, genau wie ein Zirkus seine Attraktionen ankündigt, von diesem Vortrag zu sagen. Zudem war die Bühne mit Blumen bestückt und alles weiß auf den Stör vorbereitet. Es sprach ein Mann aus Syracuse, N. Y. Während man sich einerseits womöglich am tollsten Rationalistenummel gütlich tut, sucht man andererseits alles Heil von den Ausländern. Ob man auch wohl bereit ist, Männer mit neuen Ideen, Männer, die Neuland beschreiten wollen, in Deutschland anzuerkennen? Nun, es war nur ein Vortrag über die Christian Science (Christliche Wissenschaft). Charles J. Dorenstein, der über gute Armmusteln verfügt, denn über eine Stunde las er, mit gestreckten Armen das Manuskript haltend, ohne Hebung und Senkung der Stimme u. a. folgendes wörtlich vor: Was Jesus zu

vollbringen kam, was er lehrte, tat und lebte, kann sehr wohl als seine Mission gelten, als das Ideal der Propheten, das ideale Judentum und ganz gewiß als das absolute Christentum. Im Gott zu bezeichnen, werden in der Ursprache der Bibel hauptsächlich zwei Ausdrücke und deren Varianten gebraucht. Der eine bedeutet „Kraft“ oder „Macht“, und der andere der „Seiende“ oder einfach „das eine und einzige Dasein“. Mrs. Mary Baker Eddy, die Entdeckerin und Gründerin der christlichen Wissenschaft, formuliert „Gott ist unförmliches, göttliches, allerbabenes, unendliches Genüt, Geist, Soete, Prinzip, Leben, Wahrheit und Liebe“.

Verstehe das wer will. Unser Richterstatter, der sich zunächst rechtliche Nähe gegeben hatte, war bald unter der einschläfernden Wirkung der monotonen Ausführungen der Nachfolger Christi selig eingeschlummert und mit ihm der größte Teil des Auditoriums.

Durch eine Gasexplosion wurden drei Bäckergehilfen in einer Konditorei in Charlottenburg, Beinhofstr. 5, verletzt. Sie bekamen auf der Rettungsstelle 88 Verbände und konnten dann nach Hause entlassen werden.

Auf der Hochbahn überfahren und getötet wurde in der vergangenen Nacht der 17 Jahre alte Joachim Mann aus Oberswalde. Der junge Mann wurde auf dem Bahnhof Nordring auf dem Gleise schwerverletzt aufgefunden und nach dem Bazarus-Krankenhaus gebracht. Als man dort mit ihm ankam, war er schon tot. Ob er verunglückt ist oder sich in selbstmörderischer Absicht vor den Zug geworfen hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Schreibmaschinen im Werte von 300 000 Mark erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht in der Fortbildungsschule in der Wühlstr. 15. Es handelt sich um 8 Maschinen der Systeme Adler, Continental, Mercedes, Soff und Ideal. Von den Tatern und dem Verbleib ihrer Beute ist noch keine Spur gefunden.

Der Ausschuss zum Verkauf von Grundstücken der Straßenbahn, die in Charlottenburg und Grunewald liegen, hat Entschlüsse gefasst, die aus verschiedenen Gründen noch zu keiner Entschliessung kommen, da der Käufer bestimmte Verpflichtungen bezüglich der Wegschaffung der auf dem Platz lagernden Materialien zur Behausung der Wähe eingehen muß. Die SPD-Stadtvorordnetenfraktion vertritt den Standpunkt, daß einmal wegen der schwankenden Valutaverhältnisse zurzeit ein Verkauf ununtunlich sei, außerdem aber auch grundsätzlich, daß das Gemeindegut an Grund und Boden nicht vermindert werden darf.

Im III. Konzert der Volkshalle, das am Sonntag, den 23. Okt., mittags 7,12 Uhr, in der Volkshalle stattfand, wird die Singakademie unter Prof. Schumann Ehde von Bach, Palestrina, Mendelssohn aufführen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zumeist neblig, sonst trocken und überwiegend heiter, ein wenig kühler, bei mäßigen, südwestlichen bis nördlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinarichten.

36. (Führer 24. Okt. Heute abend 7,12 Uhr Funktionärsführung bei Caffe, Petersburger Str. 66.
37. 24. Okt. Heute 7,12 Uhr Funktionärsführung in der bekannten Lokale.

